

Die niederösterreichische Volkspartei und die Bundes-ÖVP in den ersten Nachkriegsjahren

Von *Ernst Bruckmüller*

Hermann Riepl hat nicht nur in seiner monumentalen Geschichte des niederösterreichischen Landtages¹⁾, sondern auch in zahlreichen anderen Arbeiten überaus wichtige Beiträge zur Geschichte der Verwaltung, der Politik und der politischen Parteien in Niederösterreich geschrieben.²⁾ Die folgenden Splitter aus verschiedenen Archivbeständen³⁾ verstehen sich als Hommage an den verehrten Wissenschaftler und Freund und gleichzeitig als kleiner Beitrag zu einer noch ausstehenden Strukturgeschichte des österreichischen Parteiensystems in den Jahren nach 1945.

Idee und Organisationsprinzip der Volkspartei

Die Frühgeschichte der ÖVP in Bund und Land kann als recht gut erforscht gelten.⁴⁾ Es genügen daher an dieser Stelle einige erinnernde Bemerkungen. –

¹⁾ Hermann RIEPL, 50 Jahre Landtag von Niederösterreich: 1. Der Landtag in der Ersten Republik (Wien 1972); 2. Der Landtag in der Zweiten Republik (Wien 1973).

²⁾ Nur beispielsweise sei verwiesen auf: Niederösterreich 1945. 40 Jahre Wiederaufbau der Landesverwaltung. Ausstellung der NÖ Landesbibliothek. Katalog (Wien 1985); ferner Schwarz, rot, röter. In: Morgen 41 (1985) (zur Übernahme der Landeshauptmannschaft durch Figl 1945); zu nennen ist auch ein biographischer Aufsatz über Julius Raab in: Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk Hrsg. Friedrich WEISSENSTEINER u. Erika WEINZIERL (Wien 1983).

³⁾ Vorzüglich herangezogen wurden Akten der ÖVP-Bundesparteileitung, die sich im Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts (künftighin KvVI) befinden; Herrn Dr. SCHÖNNER vom Karl von Vogelsang-Institut habe ich für die freundliche wissenschaftliche Beratung und Unterstützung bei dieser Arbeit sehr herzlich zu danken. Ferner wurden ÖVP-Akten aus dem Archiv des Niederösterreichischen Bauernbundes (künftighin NÖBB) eingesehen, die Leopold Figl offenbar 1953 nach seiner Resignation als Bundeskanzler aus dem Bundeskanzleramt in den Bauernbund mitgenommen hatte. Es handelt sich um einen Bestand von 11 Ordnern und einer Mappe, von denen sich drei auf die Landesparteileitungen der ÖVP beziehen. Hier dominieren die Niederösterreich-Betreffe ganz klar. Dem Direktor des Nö. Bauernbundes, Herrn Ing. PENZ, darf ich für die Bewilligung der Benützung dieser Archivalien ebenfalls sehr herzlich danken, Herrn SKERLAN vom „Bauernbündler“ für die freundliche Beratung.

⁴⁾ Felix HURDES, Wie die Oesterreichische Volkspartei entstand. In: ÖMH 1/1 (1945/46); Ludwig REICHHOLD, Geschichte der ÖVP (Wien/Graz 1975); Heribert HUSINSKY, 40 Jahre Volkspartei. Vierzig gute Jahre für Niederösterreich (St.Pölten/Wien 1985); Robert KRIECHBAUMER, Von der Illegalität zur Legalität. Die ÖVP im Jahr 1945 (Wien 1985); Gründungsgeschichte der ÖVP = Christliche Demokratie 4/2 (1986), mit Beiträgen von Robert KRIECHBAU-

Als am 19. Juni 1945 die Landesleitung der ÖVP Niederösterreich gegründet wurde, gab es die Partei eigentlich schon längst. Denn bereits am 12. April 1945 war von Leopold Figl der NÖ Bauernbund wiederbegründet worden und damit jene Gruppierung, die das Rückgrat der ehemaligen Christlichsozialen Partei in Niederösterreich gewesen war; am 20. April nahm die Landesgruppe Niederösterreich des ÖAAB (Viktor Müllner) die Arbeit auf, zu Anfang Mai der Niederösterreichische Wirtschaftsbund (Julius Raab).⁵⁾

In der Programmatik der ÖVP vereinigten sich Bekenntnis zur Demokratie, (österreichischer) Nationalismus und Solidarismus.⁶⁾ Ein kräftiges österreichisches Bewußtsein war 1945/1946 unzweifelhaft der zentrale Programmpunkt der jungen Partei. Im Organisationsstatut vom 27. März 1946 nannte sich die ÖVP „die politische Vereinigung aller vaterlandstreuen Österreicher, die das Gesamtwohl des Staates unter Ablehnung klassenmäßiger Tendenzen vertreten und sich zur Demokratie bekennen.“⁷⁾

Ein zweiter Grundpfeiler war das Konzept „Volkspartei“, realisiert in der Gliederung der Partei in Bündeln, die bestimmten „Ständen“ entsprechen sollten. Diese Organisation galt als reale politische Umsetzung des Konzeptes des „Solidarismus“, jener Fortentwicklung katholischer Gesellschaftstheorie, die nach 1945 stark in den Vordergrund drängte.⁸⁾ Im neuen Aktionsprogramm der ÖVP vom 5. Oktober 1946 gab die Partei die Parole des Solidarismus aus, der „... Absage an den Klassenkampf bedeutet und die Zusammenordnung und den harmonischen Ausgleich der verschiedenen Interessen aller Volksgruppen propagiert.“⁹⁾

Konkretisiert erscheint dieser Solidarismus in einer Sozialpolitik, in der neben Verstaatlichung und Werkgenossenschaftsgesetz die Idee des Wohnungs-(Stockwerk-)Eigentums, der Familienförderung, des Landarbeiterrechtes und der Gemeinschaftsrente als Nahziele gesehen wurden.¹⁰⁾ Wie stark das Vokabel „Solidarismus“ damals die innerparteiliche Programmdiskussion prägte (oder prägen sollte), zeigt auch ein Artikel von Felix Hurdes, in dem die Weltansicht des Solidarismus erläutert wurde.¹¹⁾ Als Alfred Kasamas 1949 sein Buch „Programm Österreich. Die Grundsätze und Ziele der Österreichischen Volkspartei“ veröffentlichte, wurde genau dies als tragendes Prinzip der ÖVP herausgestellt: „Die Österreichische Volkspartei vertritt die Idee des ausgleichenden Solidarismus. Dieser Grundgedanke durchzieht wie ein roter Faden unser Parteipro-

mer, Johannes EIDLITZ, Herbert BRAUNSTEINER, Ludwig REICHHOLD, Rainer STEPAN, Harry SLAPNICKA, Karl GRUBER und Rupert KLIEBER; Heribert HUSINSKY, Auf dem richtigen Weg ins dritte Jahrtausend. 45 Jahre Volkspartei (St. Pölten/Wien 1990); Michael DIPPLEITER, Geschichte der ÖVP-Niederösterreich. In: Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Hrsg. Robert KRIECHBAUMER u. Franz SCHAUSBERGER (Wien 1995).

⁵⁾ HUSINSKY, 40 Jahre Volkspartei 17 u. 20.

⁶⁾ Understanding Austria. The Political Reports and Analysis of Martin F. Herz. Hrsg. R. WAGNLEITNER (Salzburg 1984)

⁷⁾ KVV, ÖVP-Archiv, Karton 1.581, Nr. 89, Organisationsstatut der Österreichischen Volkspartei..

⁸⁾ Ernst BRUCKMÜLLER, Die ständische Tradition. ÖVP und Neokorporatismus. In: Volkspartei – Anspruch und Realität (wie Anm. 4) 281–316.

⁹⁾ Ernst FRIEDL, Das neue Aktionsprogramm der ÖVP. In: ÖMH 2/1 (1946/47) 3ff.

¹⁰⁾ REICHHOLD, Geschichte, insbes. 149ff.

¹¹⁾ Felix HURDES, So sieht Solidarismus die Welt. In: ÖMH 2/1 (1946/47) 5ff.

gramm; er ist auch maßgebend für den organisatorischen Aufbau unserer Partei [...] Die bündische Gliederung der Partei ist die Bürgschaft dafür, daß die natürlichen Interessengegensätze zwischen den drei Hauptberufsgruppen – den Arbeitnehmern, den Bauern und den wirtschaftlich Selbständigen – innerhalb der Partei im Geiste eines höheren Zusammengehörigkeitsgefühles und damit auf friedlichem Weg überbrückt werden [...] “¹²⁾

Die Geburtsstunde des Konzeptes der bündischen Gliederung der Partei wurde von Felix Hurdes in der ersten Nummer der „Österreichischen Monatshefte“ bereits in das Jahr 1943 verlegt.¹³⁾ Im selben Heft stellte sich die Partei mit ihren Bündnen vor. Dabei wird übrigens auch der Namenswechsel von „Mittelstands-“ zu „Wirtschaftsbund“ begründet.¹⁴⁾ Neben diesen drei Bündnen wurde auch der „Österreichische Frauenbund“ vorgestellt, der als vierte Parteiorganisation auch in der Folgezeit regelmäßig in den „Monatsheften“ berichtete. Seine Leiterin, Nadine Paunovic, definierte den Frauenbund als „auf der Basis des Naturstandes gegründet“, was keineswegs eine Mitarbeit in den anderen drei (berufsständischen) Bündnen ausschließe.¹⁵⁾ Das ist deshalb interessant, weil es bereits auf die dritte Konzeption von „Stand“ hinweist (Berufsstand, Naturstand, Sozialstand), die innerhalb des Einzugsbereiches der ÖVP existierte.

Es ist wirklich überraschend, mit welcher Selbstverständlichkeit die ÖVP des Jahres 1945 ihre organisatorische Struktur gewonnen hat und mit welcher Selbstverständlichkeit sie ihr programmatisches Profil entwickelte: Als der spätere Finanzminister Dr. Eugen Margarétha am 16. April 1945 in der Laudongasse 16 mit Lois Weinberger sprach und erstmals von der „Österreichischen Volkspartei“ erfuhr, teilte dieser jenem schon mit, daß die neue Partei in drei Bünde zerfallen werde, und zwar in den

- a) *Arbeiter- und Angestelltenbund mit dem Sitz in der Laudongasse 16 im ehemaligen Haus der christlichen Gewerkschaften unter Führung von Kunschak und Weinberger,*
- b) *Bauernbund, der bereits in der Schenkenstraße 2 im alten Heim des Bauernbundes amtiert. Figl ist bereits dort. Reither wird gesucht, und Schumy hat sich angeschlossen.*
- c) *Mittelstandsbund, für dessen Führung Raab, Scheichelbauer (Kärnten) und Pernter in Aussicht genommen sind. Dieser wird voraussichtlich seinen Sitz*

¹²⁾ Alfred KASAMAS, Programm Österreich. Die Grundsätze und Ziele der Österreichischen Volkspartei (Wien 1949) 16.

¹³⁾ HURDES, Wie die Oesterreichische Volkspartei entstand 12; dazu KRIECHBAUMER, Von der Illegalität zur Legalität 49; REICHHOLD, Geschichte 61.

¹⁴⁾ „Als es zur Gründung der Österreichischen Volkspartei kam, hatte man neben dem Arbeiter- und Angestelltenbund und dem Bauernbund einen eigenen Mittelstandsbund vorgesehen. Minister Ing. Raab vertrat jedoch die Auffassung, daß der dritte große Bund ebenso wie die zwei anderen mehr die berufliche Zugehörigkeit zu einem bestimmten Wirtschaftssektor zum Ausdruck bringen sollte, und schlug vor, zu diesem Zweck den Österreichischen Wirtschaftsbund ins Leben zu rufen. Da er ein Instrument von großer politischer Durchschlagskraft werden sollte, faßte man unter bewußter Ausschaltung der früheren Zersplitterung die selbständig Erwerbstätigen und auch die leitenden Angestellten von Industrie, Handel, Gewerbe, Geld- und Kreditwesen und die freien Berufe zusammen. Damit hatte man eine politische Standesvertretung ins Leben gerufen von einem Umfang, wie das in früheren Jahren noch nie der Fall war.“; siehe ÖMH 1/1 (1945/46). 44.

¹⁵⁾ Siehe ÖMH 1/1 (1945/46) 45.

in der Zentrale der Österreichischen Volkspartei haben, die jetzt noch im Auerspergpalais untergebracht ist, aber auf den Hof 4 übersiedelt. Die Geschäfte der Partei wird als Generalsekretär Dr. Felix Hurdes führen.

Es ist eine Einheitsgewerkschaft beabsichtigt mit Johann Böhm (...) als Präsident und Weinberger als einen der Vizepräsidenten (...).¹⁶⁾

Doch waren es nicht nur personelle Konstellationen, die zu den neuen Bündnissen führen sollten. Vermutlich existierten gewisse Grundbefindlichkeiten der entstehenden „christlichen Demokratie“. Zu diesen Grundbefindlichkeiten gehörten aber

- die Traditionen des Bauernbundes, der Christliche Gewerkschaften, der Gewerbebünde, der betont österreichischischen Haltung,
- die gemeinsamen Feindbilder des österreichfeindlichen Nationalsozialismus sowie aller Varianten von Marxismus,
- die gemeinsame Basis einer diffusen Vorstellung von „Gesellschaft“, die in der Tradition der katholischen Soziallehre in ständischen Kategorien gedacht wurde („Bauernstand“ usw.), samt dem Bemühen, allen „Ständen“ Vertretungsmöglichkeiten im politischen System und insbesondere der (zunächst einen und einzigen) nichtmarxistischen Partei zu schaffen.

Als Neuanfang hatte jedenfalls das Abschwören gegenüber den Traditionen des politischen Katholizismus zu gelten.¹⁷⁾

Dieses Konzept blieb im Prinzip der Leitgedanke der ÖVP. Freilich verschoben sich langsam die Gewichte. Schien es zunächst, als wollte sich die ÖVP besonders stark als Arbeitnehmerpartei profilieren, so wies Julius Raab als niederösterreichischer Landesparteiobmann schon 1947 in einem Schreiben an die Bundespartei darauf hin, daß man, mit Rücksicht auf die Struktur der Wählerschaft in Niederösterreich, die Ausschüsse für den Bundesparteitag nicht, wie vorgeschlagen, mit je zwei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besetzen werden, sondern durch je zwei Vertreter des Bauernbundes und je einen Vertreter des Wirtschaftsbundes und des Arbeiter- und Angestelltenbundes.¹⁸⁾ In relativ kurzer Zeit zeigten sich Frustrationserscheinungen im städtischen Element und im AAB, der ja 1949 jede Beteiligung an der Regierung ablehnte.¹⁹⁾ Eine Wortmeldung des ÖAAB-Bundesvorsitzenden Weinberger auf einer Sitzung der Bundesparteileitung am 14. Oktober 1948 in Schloß Wartholz²⁰⁾ scheint diese Verunsicherung deutlich auszudrücken. Weinberger meldete sich zur Wirtschaftspolitik zu Wort, wobei er seinen Befürchtungen Ausdruck verlieh, sollte es im Gefolge von Preisfreigaben zu wilden Preiserhöhungen kommen: „Als Vertreter der Stadt muß ich folgendes sagen: Wenn Wien in Bewegung gerät, fällt Österreich zusammen. Es muß alles geschehen, um diesen Zustand zu vermeiden.“ Nicht minder mysteriös, aber für Weinbergers persönliche (und

¹⁶⁾ Zeuge der Stunde Null. Das Tagebuch Eugen Margaréthas 1945 – 1947. Hrsg. Alois BRUSATTI, Bearb. Hilde HEMETSBERGER-KOLLER (Linz 1990) 44.

¹⁷⁾ REICHHOLD, Geschichte 105f.

¹⁸⁾ NÖBB, Ordner ÖVP – Landesparteileitungen 1946–1949, Protokoll der Landespartei-vorstandssitzung vom 10.3.1947.

¹⁹⁾ REICHHOLD, Geschichte 195. – Krauland und Altenburger schieden damals aus der Regierung aus.

²⁰⁾ NÖBB, Grüne Mappe, Protokoll der Sitzung der Bundesparteileitung am 14.10.1948.

politische) Situation doch recht aufschlußreich ist die unmittelbar folgende Sequenz – fast ein Ausbruch: „Auch persönlich müssen wir uns künftighin etwas näher bleiben. Es wäre gut, wenn wir wieder zusammenfänden und wenn wir wüssten, dass wir im Wesentlichen ja doch dasselbe wollen.“ Die Isolierung, in der sich der Vertreter der Stadt (Wien) und der Arbeitnehmer innerhalb der ÖVP-Spitze offenkundig fühlt, wird da nur allzu deutlich. Daß die ÖVP, sowieso schon „ländlich“, nunmehr auch „bürgerlicher“ wurde oder werden wollte, ist bekannt. Gerade im Zusammenhang mit den ja überwiegend „bürgerlichen“ ehemaligen Nationalsozialisten und deren (möglicher) Integration in die Partei wurde die Bürgerlichkeit nunmehr stärker betont. Bei der soeben zitierten Bundesparteileitungssitzung hegte der oberösterreichische Bundesrat Schöpf im Falle der Gewinnung der ehemaligen Nationalsozialisten die Hoffnung: „Vielleicht gelingt es uns, eine grosse bürgerliche Partei zu werden und entstehen zu lassen.“²¹⁾ Und ungefähr zur selben Zeit, im September 1948, sollte Julius Raab in einer Versammlung von Gewerbetreibenden in Niederösterreich es als eine „der wichtigsten Aufgaben“ erklären „das Bürgertum“ zu erhalten: Wirkliche Freiheit sei immer nur aus den bürgerlichen Revolutionen hervorgegangen. Und in der Folge sei es tatsächlich zu einer stärkeren Bewußtwerdung der bürgerlichen Schichten gekommen, der Name „Bürger“ sei „wieder ein Ehrenname“ geworden.²²⁾

Politisches Leben in der Besatzungszeit

Das Leben im Nachkriegs-Niederösterreich war von einer tiefgreifenden Unsicherheit bestimmt. Die wirklich entscheidenden Stellen waren nicht das Amt der Landesregierung oder die Bundesregierung und die Ministerien, auch nicht die Gemeinden, sondern die sowjetischen Kommandanturen. Und deren Reaktionen waren häufig schwer vorherzusehen. Örtlich und zeitlich herrschte blanke Willkür, gemildert durch Schlamperei und die Versuche der Landesregierung, im direkten Kontakt mit den sowjetischen Oberbehörden die ärgsten Übergriffe zu mildern. Es soll hier in Erinnerung gerufen werden, daß Verschleppungen von politisch tätigen Personen nicht ungewöhnlich waren. Es ist nicht nur Margarete Ottilinger so ergangen. Auch zwei niederösterreichische Landtagsabgeordnete wurden Opfer solcher Aktionen, Ferdinand Riefler (ÖVP), der immerhin schwerkrank zurückkehren konnte, und Franz Gruber (SPÖ), der in einem sowjetischen Lager 1949 starb.²³⁾ Noch auf dem Bundesparteitag im März 1951 kritisierte Leopold Figl willkürliche Verhaftungen von Zivilisten durch Besatzungssoldaten.²⁴⁾

Abgesehen von solchen dramatischen und auffälligen Ereignissen waren das ganze Jahr 1945 und auch noch die ersten Monate 1946 von einer tiefgreifenden

²¹⁾ NÖBB, Grüne Mappe, Protokoll der Sitzung der Bundesparteileitung am 14.10.1948.

²²⁾ NÖBB, Ordner ÖVP-Ldes.Parteitg 1950, ÖVP, Landesparteileitung NÖ, Aufklärungs- und Informationsdienst Nr. 6 („Das erwachte Bürgertum“)

²³⁾ 70 Jahre Niederösterreich vom gestern ins Heute. Hrsg. Hans STRÖBITZER, mit Beiträgen von Leopold KAMMERHOFER, Herbert WALDHAUSER, Hans STRÖBITZER u. Franz OSWALD (St. Pölten 1991) 40; Ernst BEZEMEK, Franz Gruber und Ferdinand Riefler. Zwei Politikerschicksale in der Sowjetzone. In: Jb LKNÖ NF 62/2 (1996) 687–691.

²⁴⁾ NÖBB, Grüne Mappe, darin Mappe Bundesparteitag 1951, Rede des Parteiobmannes.

Rechtsunsicherheit gekennzeichnet. Die Figl-Akten – sowohl jene der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei wie jene, die Belange der Partei betrafen, aber im Bundeskanzleramt auflagen und sich jetzt im Archiv des Bauernbundes befinden – , enthalten überaus zahlreiche Klagen aus den verschiedensten Orten Niederösterreichs über Überfälle, Plünderungen und Vergewaltigungen, von denen die allermeisten von sowjetischen Soldaten oder von „Personen in russischen Uniformen“ durchgeführt worden waren.²⁵⁾ Diese Umstände haben den Beginn einer politischen Tätigkeit natürlich nicht unbedingt erleichtert.

Es ist bemerkenswert, daß unter solchen extrem schwierigen Bedingungen dennoch halbwegs demokratische Verhältnisse zustandekamen. Die Volkspartei als bei weitem stärkste Partei Niederösterreichs war und ist ein zentraler Bestandteil dieser demokratischen Nachkriegstradition.

Einen ersten Einblick in verschiedenste Probleme der Partei und der Parteimitglieder, aber auch des politischen Prozesses ganz allgemein bietet das Ergebnis einer Fragebogenaktion unter Teilnehmern an einem von der niederösterreichischen ÖVP in Wallsee im Frühjahr 1946 abgehaltenen Kurs.²⁶⁾ Der (leider nicht namentlich genannte) Kursleiter²⁷⁾ hatte zu einzelnen Fragen die Meinungen der Teilnehmer zusammengefaßt:

Die Frage 1 betraf die Einstellung zur ÖVP. Die Antworten waren „voll bejahend und absolut positiv. Die Ö.V.P. ist die einzige Partei, durch welche die Rettung und der Wiederaufbau unserer Heimat möglich ist.“

Die Frage 2 lautete: „Auf welche Schwierigkeiten stösst Ihre politische Arbeit?“

Die – doch recht aufschlußreichen – Antworten:

Zu starke gewohnheitsmäßige Traditionsgebundenheit an christl. soz. Ideale und der persönliche Egoismus der Parteifunktionäre. Arbeitsunlust und Feigheit.

Vielfach Interesselosigkeit vieler Funktionäre der Ö.V.P.

Politische Müdigkeit der Bevölkerung.

Die vorgesetzten Funktionäre der Ö.V.P. nützen den Wahlerfolg zu wenig aus und treten dem politischen Gegner zu wenig energisch entgegen. Man wiegt sich in sträflicher Sicherheit und vergisst den Kontakt mit der Wählerschaft (...).

Für den Bezirk Krems an der Donau wurde (u.a.) ergänzt, es herrsche Parteidümmigkeit und die Leute hätten Angst vor einer politischen Betätigung „und davor, dass es unseren Parteimitgliedern einmal so ähnlich gehen könnte wie den Nazi.“

Und: „Die Leute haben durchwegs Angst, dass es nochmals zu einem Krach kommt. Sie rechnen mit Bestimmtheit damit (Gänserndorf).“

²⁵⁾ Besonders aufschlußreiche Akten enthält KvVI, Karton 1.580.

²⁶⁾ KvVI, Karton 1.345, mit Brief von Staatssekretär Graf an Bundesminister Felix Hurdes vom 30. Juli 1946 (samt beiliegendem Bericht), dazu Brief von Hurdes an Fritz Bock als Hauptreferent für Organisation vom 20. August 1946.

²⁷⁾ Ziemlich wahrscheinlich war es Josef SCHEIDL, der seit 1946 Schulungen für Parteifunktionäre in Wallsee bzw. Schloß Wartholz leitete. Etwa 7.000 Funktionäre sind durch seine Schule gegangen. Seit 1951 Generalsekretär-Stellvertreter und Hauptgeschäftsführer, war er unter Julius Raab die eigentliche „Seele“ des Parteiapparates; vgl. REICHHOLD, Geschichte 214.

Die hier sichtbar werdenden Haltungen wie Vorsicht, ja Angst vor politischer Betätigung, sollten für eine umfassendere Interpretation der Nachkriegszeit und der so oft beklagten langsamen Entwicklung eines staatsbürgerlichen Bewußtseins in Österreich unbedingt stärker ins Kalkül gezogen werden als in der bisherigen Diskussion: Ganz offensichtlich scheuten so manche gebrannte Kinder das Feuer politischer Betätigung und hatten Angst davor, es könne ihnen selber auch einmal so gehen wie den Nationalsozialisten.

Die nächste Frage (3), welche Schwierigkeiten die ÖVP im jeweiligen Ort hätte, wurde in Amstetten kurz und bündig mit „Druck durch die Besatzungsmacht und dadurch Ängstlichkeit im antimarxistischen Lager“ beantwortet.

Zur Abstellung der jeweiligen Mängel (Frage 4), wurde einmal „jugendlich mitreißender Einfluss“ gefordert, aber auch bessere Unterstützung durch die Landespartei und eine gegenseitige Aussprache der Vertreter der Bünde „und deren Zusammenarbeit“ Im übrigen trat man für gemeinsame Sprechabende für die Mitglieder aller Bünde ein – schon in dieser frühen Phase scheint es also Koordinationsschwierigkeiten zwischen den vier Bünden gegeben zu haben!

Selbstverständlich wurde auch der Abzug der Besatzungsmächte gefordert, und „wirtschaftliche Zuckerl“ von Bund und Land.

Die Fragen 5 und 6 betrafen die Namen der Bezirksmandatäre der ÖVP sowie deren bündische Zugehörigkeit. Zum nicht geringen Entsetzen des Berichtstatters kannten die meisten Bezirksfunktionäre, die Bezirksobmänner und die Frauenreferentinnen die Bezirksmandatäre „nicht einmal dem Namen nach, viel weniger sind sie bisher mit ihnen in Fühlung getreten“ Und er fügt sogleich hinzu:

Das ist aber ein schlimmes Zeichen und der Beweis, dass die Nationalräte bzw. Landtagsabgeordneten zu wenig Versammlungen abhalten und keine Parteiratssitzungen besuchen.

Wenn nicht einmal die Bezirksfunktionäre den Mandatar kennen, wie wird sich dann die Wählerschaft dem niegesehenen Mann gegenüber verhalten. (...)

Auf die Frage 7, ob nämlich die ÖVP seit den Wahlen vom November 1945 ihre Stellung behauptet habe, erfolgten durchwegs Antworten, die kein sehr günstiges Bild boten. Und in der Beantwortung der Frage 8 (Ursachen von Stagnation oder Rückgang) traten teils wieder bekannte Faktoren auf, wie die „Ängstlichkeit der ÖVP Funktionäre“, aber auch ein Zuwenig an gezielter Personalpolitik (mit dem Hinweis auf Bahn und Post), schließlich eine „zu wenig kraftvolle Führung“

Zur Frage 9 („Welche Programmpunkte sind Ihrer Meinung nach zu wenig betont?“) wurden vor allem kultur- und sozialpolitische Programmpunkte eingefordert: „Die Einstellung des Besitzenden zum Habenichtens. Praktische Auswirkung: Mangel an sozialem Empfinden.“ Viele Lehrgangsteilnehmer(-innen) kannten nicht einmal die programmatischen Leitsätze der ÖVP, was (wie in Klammer hinzugefügt wurde), angeblich auch bei manchen Mandatären zutraf. Eigentümlich gespalten waren die Antworten auf die Frage 10: „Wie wurden die Nazi in Ihren Ort (Bezirksteil) behandelt?“ Einerseits sei diese Behandlung „zu gut“ gewesen, wodurch die übrige Bevölkerung verärgert gewesen sei, in Poysdorf seien die „führenden Nationalsozialisten“ überhaupt „frei herum“ gelaufen und hätten „fleissig Schleichhandel“ betrieben. Andererseits wurde be-

klagt, man sei teilweise „zu schroff“ vorgegangen, sodaß solche Leute nunmehr zu SPÖ gingen. Überhaupt begegnet das bekannte Klischee („Die üblichen Feststellungen“, so wörtlich) immer wieder (aber vielleicht ist wirklich etwas dran?), daß der „in einer Linkspartei organisierte Nazi“ unbehelligt bleibe. „Der der ÖVP nahestehende ist vielfach schutzlos allen Schikanen ausgesetzt“ Im allgemeinen herrsche aber die Ansicht vor, „dass die Nazi, gemäss unserer ausgegebenen Losung, human, menschlich und vernünftig behandelt werden“ Abschließend wurde auf das neue Nationalsozialistengesetz verwiesen, das „ja eine allgemeine Entspannung auf beiden Seiten bringen [werde], es ist aber auch höchste Zeit.“

Damit steht die ÖVP offenkundig im selben Spannungsfeld wie ganz Österreich: zwischen der Forderung nach schärferer Behandlung der Nationalsozialisten und dem Wunsch nach Normalisierung.

Der Generalsekretär Hurdas war übrigens der Meinung, daß die Niederösterreicher auf das Bild, das diese Fragebogenaktion bot, nicht stolz sein konnten.

Niederösterreich – Kernland der Volkspartei

Der erste Landesparteiobmann, Julius Raab – zur Lehre für die Nachfolger: Ein starker ÖVP-Obmann sollte stets zumindest eine starke Landesorganisation hinter sich haben! – hat die Partei 14 Jahre lang geführt; durch neun Jahre gab es allerdings einen geschäftsführenden Obmann. Er wurde schon am 19.6.1945 zum Landesobmann gewählt, sein Stellvertreter war Leopold Figl; Landespartei sekretär wurde Josef Hans.²⁸⁾ Programmatisch lag die niederösterreichische Partei natürlich ganz auf der Linie der Bundespartei: Die ÖVP sei eine neue Partei, hieß es da, sie wolle „... alle vaterlandstreuen Österreicher, die sich zur Demokratie bekennen, zu einheitlicher politischer Wirksamkeit zusammenfassen“²⁹⁾ In der kurzen Zeit vom Juni 1945 bis zum November, unter extrem schwierigen Kommunikationsverhältnissen, entstand nun in rascher Folge das dichte Organisationsnetz der niederösterreichischen ÖVP-Hauptbezirks-, Bezirks- und Ortsorganisationen sowie die Organisationen der Bünde. Für die Wahl vom 25. November 1945 (zugleich Nationalrats- und Landtagswahl) wurde eine unter diesen Umständen erstaunliche Werbungsleistung entfaltet. Der Wahlausgang für den Landtag von Niederösterreich: ÖVP 32, SPÖ 22, KPÖ 2 Mandate.

Diese Situation schlug sich auch in der Bedeutung der niederösterreichischen Partei für die Gesamtpartei nieder. Schon am ersten Landesparteirat (25.5.1946) sagte Julius Raab, die ÖVP sei *die* österreichische Partei und habe eine österreichische Politik zu machen. Die niederösterreichische Landesorganisation sei aber auch die stärkste in der Gesamtpartei und trage daher auch die größte Verantwortung. Es sei die Verpflichtung der Niederösterreichischen Volkspartei, dem Bundeskanzler die absolute Treue zu halten.³⁰⁾ Auf dem Landesparteitag am 29. Juni 1946 bezeichnete es Julius Raab als „unser(en) Stolz“, daß von den etwa 380.000 ÖVP-Wählern in Niederösterreich weit mehr als die

²⁸⁾ DIPPALREITER, Geschichte der ÖVP-Niederösterreich (wie Anm. 4) 436.

²⁹⁾ HUSINSKY, 40 Jahre 19.

³⁰⁾ HUSINSKY, 40 Jahre 24.

Hälfte, nämlich 220.000 organisatorisch erfaßt waren.³¹⁾ 1947, am 14. 11. (2. Landesparteitag), sagte Raab:

Die Landespartei Niederösterreich ist unter allen Organisationen der ÖVP die größte, die diese Partei besitzt. Sie ist auch eine Organisation, die von einem klaren, positiven und aufbauenden Geist erfüllt ist. Wir sind das Bollwerk – die Freiheit unseres österreichischen Vaterlandes verbürgt einzig und allein die ÖVP und sonst keine Partei. Dessen müssen wir uns immer bewußt sein, das muß uns in Fleisch und Blut übergehen, das müssen wir Niederösterreicher mit Stolz bekennen.³²⁾

Und noch 1954:

Die niederösterreichische Landesorganisation der Österreichischen Volkspartei – immer wieder ist das auf den Parteitag ausgesprochen worden – ist die wichtigste Organisation der gesamten Partei

Inwieweit entsprach diese triumphalistische Geste dem Innenleben der Partei? Die Arbeit der Landespartei spiegelt sich – unter anderem – in Protokollen des Landespartei Vorstandes und in Situationsberichten, die von Landespartei sekretär Bundesrat Weinmayr regelmäßig an die Landesparteileitung übersandt wurden.

Als Beispiel diene zunächst ein Protokoll des Landespartei Vorstandes vom 3. September 1947.³³⁾

Anwesend waren der Landesparteiobmann Julius Raab, sein Stellvertreter Bundeskanzler Figl, Landeshauptmannstellvertreter Ing. August Kargl und Präsident NR Viktor Müllner (Josef Kraus, Josef Reither und die Landesleiterin der Frauen, Lola Solar, waren entschuldigt). Auf der Tagesordnung stand unter Punkt 2) Posteinlauf, u.a. ein Schreiben der Landesparteileitung NÖ der SPÖ, in dem die Bereitschaft mitgeteilt wurde, Verhandlungen über die Frage der Besetzung der Lehrer-, Schulleiter- und Inspektorenposten aufzunehmen. Daraufhin wurde ein entsprechendes Verhandlungskomitee nominiert. Gleichzeitig wurde beschlossen, mit der SPÖ Verhandlungen über die Rückführung der Randgemeinden Wiens in die Hoheit des Landes Niederösterreich einzuleiten. Die Tätigkeit des (vom Sozialministerium) dominierten „Sozialen Hilfswerkes“ in Niederösterreich wurde abgelehnt, dafür sollte die Landesparteileitung NÖ der ÖVP die notwendigen sozialen Maßnahmen und Einrichtungen im eigenen Wirkungsbereich durchführen und schaffen. Staatssekretär Graf teilte mit, daß die Sozialisten den Verband „Sozialistischer Gemeindevertreter“ gegründet hätten – in der nächsten Landesparteileitungssitzung sollte darauf reagiert werden. Weiters wurden zahlreiche Personalfragen diskutiert, etwa die Versetzung eines sozialistischen Fachlehrers an einer landwirtschaftlichen Lehranstalt. Im Tagesordnungspunkt 3 ging es um die finanzielle Lage der Landespartei. Sie wurde schlicht als „trotlos“ bezeichnet. Personal sollte gekündigt, beim Wirtschaftsbund und beim Österreichischen Verlag Überbrückungshilfen gesucht werden.

³¹⁾ HUSINSKY, 40 Jahre 24.

³²⁾ Herbert HUSINSKY, Julius Raab als Landesparteiobmann der ÖVP Niederösterreich. In: Julius Raab, eine Biographie in Einzeldarstellungen., Hrsg. Alois BRUSARTI u. Gottfried HEINDL (Linz o.J.) 180ff, hier 185.

³³⁾ KvVI, Karton 1.311, Nr. 60.

Im vierten Tagesordnungspunkt ging es um Entnazifizierungsansuchen. Die Partei konnte Ansuchen um Befreiung von den Sühnfolgen nach § 27 des NSG unterstützen. Allerdings rechnete man damit, daß nur 300 Gesuche durchgebracht werden konnten. Da die Landesparteileitung die Dringlichkeit der eingelangten (1.400) Gesuche nicht überprüfen konnte, wurde ein Schlüssel von zu befürwortenden Gesuchen pro Bezirk – entsprechend den abgegebenen ÖVP-Stimmen – erstellt, demzufolge die fast 32.000 ÖVP-Stimmen des Bezirkes Mistelbach 25 „A-Fälle“ bedeutete, die 4.120 Stimmendes Bezirkes Purkersdorf jedoch nur vier (usw.).

Die Landespartei wurde also rasch zu einer Institution, über die zahlreiche Personalentscheidungen liefen. Ebenso rasch war sie zu einer finanziell stets notleidenden Organisation geworden, die trotz des politischen Gewichtes der Mitglieder der Landesparteileitung immer mit Problemen zu kämpfen hatte. Die Partei war aber nicht nur eine Entscheidungsstelle über Personalfragen, sie bemühte sich auch um eine gesellschaftliche Allzuständigkeit, was sich in der Bemerkung über das soziale Hilfswerk zeigt: Durch Kinder- und Heimkehrerfürsorge sollten die Betreuten enger an die Partei gebunden werden. Dagegen wurde die Ausweitung der Tätigkeit einer sozialistisch kontrollierten (wenngleich staatlichen!) Institution auf Niederösterreich massiv bekämpft. Hier äußert sich ein Parteiverständnis, das keineswegs irgendwelchen klassischen Modellen der Parteienlehre entspricht. Die Partei war nicht nur eine Organisation zur Machterhaltung (über Wahlen und alles, was dazu gehört, um solche zu gewinnen), sondern auch zur Machtausübung und zur klientelistischen Ausübung von „Schutz und Schirm“ in – zugegebenermaßen – ungewöhnlichen Zeiten.

Auch die LandesparteiVorstands-Sitzung vom 11.11.1947³⁴) beschäftigte sich – neben der Vorbereitung des Landesparteitages – wieder mit dem Finanzproblem, wobei man beschloß, daß der Wirtschaftsbund öS 10.000,- und der Bauernbund öS 20.000,- für die Landespartei zur Verfügung stellen sollten.

Die Vorstandssitzung der niederösterreichischen ÖVP vom 31.12.1947³⁵) beschäftigte sich ausführlich mit Schulfragen: Die „Lehrererneuerungskommission“ sollte bis Ende Jänner 1948 nach dem Parteienproporz konstituiert sein, wobei verschiedene Möglichkeiten (5 ÖVP 3 SPÖ 1 KPÖ, oder 6 4 1, oder 7 5 1) offengelassen wurden. Der Posten eines zweiten Vizepräsidenten des Landesschulrates wurde aufgelassen, sein Inhaber sollte Direktor der Lehrerbildungsanstalt in Wr. Neustadt werden. Die noch nicht besetzte Stelle eines Landesschulinspektors wurde von einem ÖVP-Vertreter besetzt (auch hier wurde der Name genannt). Die Bezirksschulinspektorenposten sollten „in Zukunft“ nach den Mehrheitsverhältnissen in den einzelnen Bezirken besetzt werden. Und: „Bei der Besetzung der Leiterposten an Volks- und Hauptschulen sind in erster Linie Rehabilitierungsfälle zu berücksichtigen. Im weiteren ist auf Dienstalter und fachliche Eignung vorerst Rücksicht zu nehmen“ (Wir nehmen an, daß „Rehabilitierungsfälle“ solche Lehrer betrafen, die von den Nationalsozialisten versetzt oder aber ganz aus dem Schuldienst entfernt wurden; aber was das „vorerst“ bei der Berücksichtigung von Dienstalter und fachlicher Eignung betrifft, ist vollends schleierhaft.)

³⁴) KvVI, Karton 1.311, Nr. 52.

³⁵) KvVI, Karton 1.311, Nr. 47.

Hinsichtlich des Gemeindereferates wurde eine Teilung beschlossen: ÖVP- und SPÖ-Gemeinden erhielten je einen eigenen Referenten. Diese Teilung sei durch die Gründung je eines Gemeindeverbandes durch die ÖVP und die SPÖ notwendig geworden.

Die NEWAG erhielt einen neuen Aufsichtsrat im Verhältnis 7 ÖVP 5 SPÖ 1 KPÖ.

Der bisherige Landespartei sekretär Hans schied mit der Jahreswende 1947/48 aus, mit 2. Jänner übernahm Bundesrat Leo Weinmayr seine Position. Ob dieser Personalwechsel mit der unmittelbar danach besprochenen finanziellen Situation der Partei und den notwendigen Spar- und Abbaumaßnahmen (mit 31. Jänner 1948 schieden die gekündigten Kräfte endgültig aus dem Dienst der Landesparteileitung) zusammenhing, geht aus dem Protokoll nicht hervor. Josef Hans war übrigens von 1846 bis 1950 auch Vorsitzender der Österreichischen Jugendbewegung. Und zum Schluß: „Weiters wurde beschlossen, den Einfluss der Landesparteileitung auf die Presse Niederösterreichs in redaktioneller Hinsicht zu verstärken.“

Tatsächlich waren also die Parteien zu zentralen Entscheidungsträgern für zahlreiche Problemfelder geworden. Das hängt zweifellos mit der besonderen Situation im Nachkriegs-Österreich zusammen, wo die drei staatsgründenden Parteien diesen Staat – vielleicht – als ihr Eigentum betrachteten, wo sie aber vor allem in äußerstem Mißtrauen gegeneinander stets versuchten, möglichst viele ihrer eigenen Gefolgsleute in jede auch nur einigermaßen bedeutende Position hineinzubringen. Verstärkt wurde diese Tendenz durch die Möglichkeit, „Persilscheine“ bei der Entnazifizierung auszustellen – die Parteien wurden somit zum fast alleinigen Filter, durch welchen man in eine öffentliche Position gelangen konnte. Unter diesen Umständen gab es zum Proporz freilich auch keine Alternative – es war die einzige praktikable Besetzungstechnik, auf die man sich – unter Berufung auf das Wahlergebnis, und damit auf eine demokratische Legitimation – einigen konnte. 1947 wurde das – wie man sieht – zunehmend routiniert gehandhabt.

Weinmayer scheint gut gearbeitet zu haben. In seinem Situationsbericht vom 15. Juni 1948³⁶⁾ wird die finanzielle Lage der Landespartei als „zufriedenstellend“ bezeichnet. Offenbar haben die Sparmaßnahmen von der Jahreswende 1947/48 gegriffen. Nach einer Großkundgebung am 2. Mai 1948 hätten sich auch wieder mehr Mitglieder für die Organisationsarbeit zur Verfügung gestellt; möglicherweise ging die Angst vor politischer Betätigung langsam zurück. Nach wie vor mußten die Bezirksleitungen freilich der russischen Besatzungsmacht Monatsberichte vorlegen. Die Schleichhandelspreise seien gefallen, sodaß jetzt auch Arbeiter und kleine Angestellte etwas mehr Lebensmittel „über den Aufruf hinaus“ kaufen konnten. Im Bezirk Gföhl hatten viele Bauern Beschuldigtenvorladungen nach dem BDStG – ein Gesetz über die Bestrafung von landwirtschaftlichen „Ablieferungsmuffeln“ – erhalten. Sie erklärten übereinstimmend, daß für den Rückgang der Milchproduktion und damit der abgelieferten Mengen ausschließlich die lange Trockenheit verantwortlich gewesen sei. Die ÖVP sollte sich dieser Bauern annehmen: „Am 2. Mai füllten 2.000 Bauern den Marktplatz in Gföhl. Die Oe.V.P. darf dieses Vertrauen nicht enttäuschen“ – Die „blindwütigen Sozialisierungsbestrebungen“ der SPÖ fänden, angesichts

³⁶⁾ KvVI, Karton 1.311, Nr. 41.

des Fiaskos in England und der Unrentabilität vieler USIA-Betriebe, immer breitere Ablehnung. Und: „Verschiedene Bezirke beschwerten sich über die Unfreundlichkeit eines Teiles der Beamtschaft der Bezirkshauptmannschaften im Verkehr mit den vorsprechenden Parteien.“

Zur Parteiarbeit: Am mehrfach zitierten 2. Mai hätte die ÖVP in ganz Niederösterreich 48.000 Teilnehmer mobilisieren können:

Das österr. Volk und das Ausland muss wissen, dass die Oe.V.P. in N.Oest. sich nicht scheut so aufzutreten wie es ihrer Bedeutung zukommt. Wir haben hier in N.Oe. nicht, wie fast alle anderen Bundesländer, eine Besatzungsmacht, die der Oe.V.P. gewogen ist und den Bestrebungen der Partei Verständnis entgegenbringt. Je mehr und je nachhaltiger die Oe.V.P. für die österr. Belange eintritt, umso schwieriger wird der Partei ihre Arbeit gemacht werden

Anschließend wird die eigene Versammlungstätigkeit detailliert dargestellt und festgestellt, daß sich die „allgemeine Parteimüdigkeit“ bei den „Linksparteien“ stark auswirke. Unter „Allfälliges“ werden die Muttertagsfeiern der Österreichischen Frauenbewegung erwähnt, und die „schönen Erfolge“ der Jugendbewegung, ferner die Turn- und Sportunion, das Kinderrettungswerk und die Heimkehrerhilfe und -betreuung (mit genauem Nachweis der Tätigkeit) erwähnt. Staatssekretär Graf war zufrieden. In seinem Dankschreiben vom 17. Juni 1948 merkte er an, daß ihm die Form dieses Situationsberichtes außerordentlich gefalle, und bat schließlich um die regelmäßige Ausfertigung solcher Berichte.

Ausführliche Berichte Weinmayrs liegen für die Monate August – Dezember 1950 vor. Im Sommer 1950³⁷⁾ machte insbesondere die Organisation der ÖVP-Frauen große Fortschritte. Unter der Rubrik „Politische Situation“ wird eine breite Stimmung für eine Wiedereinführung der Todesstrafe in Österreich erwähnt, ferner Unmut über die Aufteilung der Besatzungssteuer auf Realbesitz. Der Koreakrieg wird gestreift, mit dem Beifügen, die Stellungnahme der Niederösterreicher zu diesem Konflikt entspräche ungefähr dem Wahlergebnis vom 9. Oktober 1949 – „90% für die UNO, 5,5% KPÖ und 4,5% VdU für Nordkorea bzw. seine Hintermänner“

Die USIA eröffne laufend weitere Verkaufsstellen, wo – wie etwa in Scheibbs – nicht Arbeiter und Angestellte, sondern Gewerbetreibende und Landwirte einkauften. Die Preisspannen des Zwischenhandels würden vom Produzenten und Konsumenten als viel zu hoch empfunden. Eine Regelung sei hier „unaufschiebbar“ und: „Der Staatsvertrag ist leider bei der n.ö. Bevölkerung genau so, wie die Einheit der „Alliierten“ zu einem Begriff geworden, dem nichts mehr anderes als Lächerlichkeit anhaftet.“

Die „gegnerischen Parteien“ machten sich in diesem Zeitraum kaum bemerkbar. Die sowjetische Kommandantur in Scheibbs verlangte neuerlich die vorzeitige Anmeldung aller Kundgebungen der ÖVP.

In seinem Bericht vom 22. November 1950³⁸⁾ schrieb Weinmayr stolz:

Der Putschversuch der KP hat, wie bekannt, durch unsere Bevölkerung eine Abwehr sondergleichen erfahren. Die Möglichkeiten dazu aber war nur darin gelegen, dass unsere Partei in Niederösterreich gut organisiert war. Nicht in allen Bundesländern hat die Parteiorganisation der ÖVP so schlagartig und durchgreifend gewirkt, wie in Niederösterreich

³⁷⁾ KvVI, Karton 1.311, Nr. 5.

³⁸⁾ KvVI, Karton 1.311, Nr. 4.

Im Berichtsteil über die politische Situation wird über den „KP-Putschversuch“ auf einen Sonderbericht verwiesen, der bisher noch nicht aufgetaucht ist. Das 4. Lohn-Preisabkommen werde von vielen Leuten kritisiert, wenn sich auch nur wenige der Notwendigkeit desselben verschließen. Besonders wegen einer gewissen Rücksichtslosigkeit gegenüber der Bevölkerung bei Beratung und Abschluss desselben.“ Nach wie vor standen Themen wie Tarifierhöhungen – vor allem der Gemeinde Wien in den Randgemeinden – im Vordergrund, ferner die hohen Preisspannen: „Der Zwischenhandel muss sich mit geringerem Gewinn begnügen oder man jagt die Konsumenten gewaltsam in die SP-Konsumvereine und die USIA-Läden.“ Niederösterreich sei teurer als Wien, daher fließe viel Kaufkraft in die Hauptstadt ab. Zum Rundfunk: 16 russische Stunden pro Woche in der Wiener Ravag seien 16 Stunden Verlust für die Österreicher. Für die ÖVP negativ wirkte nach wie vor die Krauland-Affäre. In der Werbetätigkeit hob man die „Obstruktion“ der SPÖ gegen den Bau von Eigentumswohnungen hervor – offenkundig nicht erfolglos.

Im Bericht über die gegnerischen Parteien heißt es, die „... Mithilfe der SPÖ bei Bekämpfung des KP-Putschversuches wird nach Pollak-Manier bis in die letzte Konsequenz propagandistisch ausgeschlachtet“ Und: „Der Terror der SPÖ in den n.ö. Arbeitsämtern verstärkt sich zusehends.“ Dagegen sei nach den Oktobertagen die Tätigkeit der KP etwas ruhiger geworden. Von anderen politischen Parteien in Niederösterreich sei nichts zu berichten.

Der letzte Bericht des Jahres 1950 (für die Monate November und Dezember)³⁹⁾, vom 30. Dezember, berichtet über Mitgliederzuwächse, auch deshalb (s.u.!), weil die strikte Weisung ergangen sei, es dürfe nur mehr für Mitglieder interveniert werden.

Die Organisationsstruktur der VP hat(te) ihre Tücken. „Über gewisse Eigenmächtigkeiten mancher Funktionäre der Bünde ist manchesmal schwer hinwegzukommen.“ Mit dem lapidaren Schluß: „Viribus unitis – oder rote Mehrheit.“ Immer noch ging es bei der Einschätzung der politischen Situation um das 4. Lohn-Preis-Abkommen. Zwar sähe man heute darin eine „unumgängliche Notwendigkeit“, aber bei Beratung und Verlautbarung hätte es am richtigen Einfühlungsvermögen gemangelt: „Beschlussfassungen à la Führerbefehl und Ukas, werden jederzeit den Widerspruch der demokratischen Bevölkerung Österreichs hervorrufen.“ Als großes Positivum werde die Einigung über das Wohnungseigentum betrachtet:

Der Gedanke des Wohnungseigentums ist heute zum Allgemeingut der breiten Masse geworden. Jeder, der die Idee der Eigentumswohnung sich zu eigen macht, beweist damit, dass er eigentlich den Marxismus ablehnt, selbst wenn ihn die roten Herzen anlocken oder [er] die 3 Pfeile im Knopfloch trägt.

Im ganzen Bundesland seien Gerüchte über eine bevorstehende Schillingabwertung und die Wiedereinführung der Lebensmittel- bzw. Kleiderkarte verbreitet. In der Sache Krauland verlange das Volk eine definitive Stellungnahme der Partei. Das „derzeitige Zwielicht ist eine langsam unerträglich werdende Belastung für unsere Mandatare und Funktionäre.“⁴⁰⁾

³⁹⁾ KvVI, Karton 1.311, Nr. 2.

⁴⁰⁾ Der von 1945 bis 1949 amtierende Minister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, zuständig auch für die verstaatlichte Industrie, war mehrfach verschiedener Unzukömmlichkeiten in seinem Amtsbereich bezichtigt worden, wobei es primär um den

Stark kritisiert würde der zur Schau getragene Luxus vieler Neureicher.

Besonders die Steuerschulden vieler Besitzer von Luxuslimousinen finden recht wenig Verständnis bei jenen, welchen die Steuer fast ohne Einspruchsmöglichkeit pünktlich abgezogen wird.

Die Ereignisse in Korea „lasten schwer auf dem österreichischen Volk“ Es gäbe Parallelen zwischen Österreich und Korea. Von der UNO erwarte bzw. vermisse man noch immer eine Erklärung bezüglich Österreich.

Die Finanzlage der Partei habe sich durch die Wohltätigkeitslotterie gebessert, doch sei eine solide finanzielle Grundlage auf die Dauer unerlässlich.

Im Hinblick auf die „gegnerischen Parteien“ wird die SPÖ bezichtigt, die bevorstehende Rückgliederung der Randgemeinden Wiens zu einem Angriff auf die ÖVP in Niederösterreich zu benutzen. Es gäbe Verdächtigungen und Verleumdungen. Die KPÖ veranstaltete in einer Gemeinde, in der sie bei der letzten Wahl 62 Stimmen erhalten habe, eine „Friedenskundgebung“, bei welcher genau zehn Personen erschienen. In St. Pölten mussten alle Angehörigen der USIA-Betriebe einen „allumfassenden Fragebogen“ ausfüllen. Für unrichtige Angaben drohte die Entlassung. Weder von der „Nationaldemokratischen Liga“ noch vom VdU sei etwas zu sehen.

Soweit der Parteialtag 1950. Was aber zeigen diese Berichte? Keinesfalls sind sie „Berichte“ *sine ira et studio*. Sie dienen zwar (auch) der Information der Parteispitze, aber nicht nur. Die Hinweise, daß die Bevölkerung die Art und Weise, wie das 4. Lohn-Preis-Abkommen abgeschlossen worden sei, nicht goutiere, sind *auch* eine sanfte Mahnung an die eigene Parteispitze, daß Politik in der Demokratie etwas mehr mit Öffentlichkeit zu tun habe als in anderen politischen Systemen. Auch darüber hinaus dient die Auswahl der Fakten und die – stets im Propagandaton gehaltene – Sprache eher dazu, einen gewissen Mobilisierungseffekt *von unten nach oben* zu erzielen: Die Landespartei lobt – z.B. hinsichtlich Wohnungseigentum – oder tadelt die Bundespartei – z. B. Affäre Krauland – mit dem Hinweis auf das jeweilige Echo im eigenen Land – und das ist immerhin das für die ÖVP wichtigste Bundesland.

Das Problem der ehemaligen Nationalsozialisten und die Episode der „Jungen Front“

1949 war das zweite Wahljahr der zweiten Republik. Schon am 14. Oktober 1948 beschäftigte sich die Bundesparteileitung der ÖVP auf einer Sitzung im Schloß Wartholz ausführlich mit den bevorstehenden Wahlen.⁴¹⁾ Staatssekretär Graf, der rührige Organisationsreferent der Bundespartei, stellte sechs Probleme zur Diskussion:

1. die vierte Partei
2. die NS-Frage
3. das Problem der Volksdeutschen

Verdacht der Parteienfinanzierung ging – ein Verdacht, der durch die ständigen finanziellen Verlegenheiten der ÖVP immer wieder neue Nahrung erhalten mußte. Krauland wurde 1954 der Prozeß gemacht. Krauland selbst und sein engster Mitarbeiter Dr. Hintze wurden freigesprochen, zwei Beamte wurden hingegen verurteilt; REICHOLD, Geschichte 459.

⁴¹⁾ NÖBB, Grüne Mappe, Protokoll Bundesparteileitung 14.10.1948.

4. die Änderung des Wahlgesetzes
5. die Einheitlichkeit der Geldaufbringung
6. die Einheitlichkeit des Auftretens der Partei

Zur ersten Frage meinte Graf, die vierte Partei sei nicht zu verhindern, sie werde von den Sozialisten gefördert und unterstützt. Andere Debattenredner, wie der Generalsekretär, Minister Hurdes, forderte eine Vorverlegung der Wahlen, um das Antreten der vierten Partei noch verhindern zu können. Auch Schumy meinte, man müsse die 4. Partei unter allen Umständen aufhalten. Wie auch immer, Graf hatte jedenfalls recht, wenn er betonte: „... die Stimmen der Nationalsozialisten entscheiden die kommenden Wahlen.“ Sein Programm war simpel: „In unserer Partei hat jeder ehemalige Nationalsozialist Platz. Sondergruppen, Sonderorganisationen werden nicht geduldet.“ Man müsse „führende Leute“ herausuchen, die „tragbar“ seien und Ansehen genießen, „die wir in den Führungsapparat einführen können. Man muß sie einbauen.“ Das müssen die „KZler“ eben auch einsehen (!). Gorbach forderte eine Erleichterung des NS-Gesetzes, dann „garantiere“ er für die Steiermark, daß weite Kreise der Nationalsozialisten für die ÖVP begeistert werden könnten. Raab unterstützte Gorbach. Er habe mit Prof. Schönbauer gesprochen, der den Wunsch nach der vierten Partei bestätigt habe. Raab schlug vor, daß „einige Herren“ ermächtigt würden, Gespräche mit den einzelnen Ministerien zu führen, damit diese einige Erlässe und Verordnungen zugunsten der Nationalsozialisten änderten, dann „können wir auf die Mitarbeit der Nationalsozialisten rechnen.“ Die „KZler“ in der Partei – immerhin saß Bundeskanzler Figl in der Runde! – durften sich außerdem noch anhören, daß „KZler“ zu sein kein Beruf sein könne (Reg. Rat Präs. Müllner).

Figl schloß diese Debatte einigermaßen optimistisch damit ab, daß er die vierte Partei als relativ geringe Gefahr für die ÖVP bezeichnete. Dagegen würden im Herbst 1949 die Bewirtschaftungen mit Ausnahme von Brot und Fett zu Ende gehen – und genau mit diesem Erfolg solle man in den Wahlkampf ziehen. Wie auch immer, die Gewinnung der nunmehr wahlberechtigten ehemaligen Nationalsozialisten und der „Heimkehrer“ war ein zentrales Problem.

Am 28. April 1949 wandte sich daher die Bundesparteileitung an alle Landesparteileitungen mit einem Aufruf, alle Presseaussagen der Kommunisten und Sozialisten, die sich (seit April 1945 !)

Gegen die Soldaten und Heimkehrer, gegen die Nationalsozialisten, gegen die Bauern, gegen die Gewerbetreibenden, gegen die Intellektuellen, gegen Religion und Kirche

gerichtet hätten, zu sammeln und dem Pressedienst der ÖVP nach Wien zu schicken. Denn der bevorstehende Wahlkampf würde sich

zum grossen Teil um die Gewinnung der neuen Wählergruppen der ehemaligen Nationalsozialisten, Heimkehrer und Jungwähler drehen; er wird von den beiden marxistischen Parteien aber auch um die Eroberung der Bauern, der Gewerbetreibenden und Intellektuellen geführt.⁴²⁾

Freilich waren die Landesparteien nicht übermäßig eifrig, sodaß dieser Aufruf – schon in dringlicherem Tonfalle! – am 16. Juli wiederholt wurde.⁴³⁾

⁴²⁾ KvVI, Karton 1.311, Nr. 24.

⁴³⁾ KvVI, Karton 1.311, Nr. 18.

Im Vorfeld dieser Wahlen kam es – auch in Umsetzung von Ideen, die zum Teil in das Jahr 1948 zurückgingen – zum Experiment der „Jungen Front“, die man mehrfach als „Vertreter der Kriegsgeneration“ vorstellte.⁴⁴⁾ Die niederösterreichische Landesparteileitung wurde am 7. Juli 1949 von zwei Abkommen unterrichtet: einem zwischen der Bundesparteileitung und der „Jungen Front“ und einem weiteren eines zwischen der Österreichischen Jugendbewegung und der „Jungen Front.“ Die „Junge Front“ war am 19. Juni 1949 gegründet worden. Der Plan zur Sammlung jüngerer, eher deutschnational-liberal orientierter Kräfte am Rande der ÖVP war von Wilfried Gredler und Ernst Strachwitz an die Partei herangetragen worden.⁴⁵⁾ Der Versuch mit der „Jungen Front“ war auch eine Folge der Tatsache, daß die eigene Jugendorganisation, die Österreichische Jugendbewegung, bisher nicht allzu erfolgreich schien. Das war wiederum eine Folge des ungeklärten Verhältnisses zu den katholischen Jugendorganisationen, die durchaus florierten, traditionell das Rekrutierungsfeld für die ÖVP und ihre Vorgängerpartei geboten hatten, nunmehr aber jedes direkte Engagement für die Partei ablehnten. Es gab da durchaus Mißstimmigkeiten zwischen Partei und Kirche, die zuweilen – aber nur parteiintern – auch recht heftig diskutiert wurden: So meinte Leopold Figl auf der Sitzung der Bundesparteileitung vom 14.10.1948 zur „Jugendfrage“: „Wir haben zum Beispiel in Wien eine Jugendführung, aber keine Jugend! Wir haben dabei jeden Einfluß auf die katholische Jugend verloren!“ Der Tonfall des Bundeskanzlers wurde noch kritischer:

Die Kirche glaubt, sie allein ist es. [...] Die jungen Herren Kapläne und Kooperatoren glauben die Weisheit mit dem Löffel gefressen zu haben und sind damit die besten Wegweiser für den Kommunismus. Hier erwächst der Partei eine große Aufgabe. Ich habe mich letzthin mit den Bischöfen ausgesprochen und gesagt, dass, wenn sie so weitermachen, wir einen Trennungsstrich [machen] und sie hängen lassen werden ⁴⁶⁾

Der ganze Frust eines persönlich so tief katholischen Politikers über die für ihn wohl nicht ganz verständliche Distanzierung der Kirche von der (Partei-)Politik bricht da aus – nicht ganz unverständlich, denn umgekehrt war es doch immer wieder die ÖVP, die kirchliche Interessen vertrat. Der ÖJB-Vorsitzende Josef Hans, der frühere Landespartei sekretär für Niederösterreich, beklagte in derselben Sitzung, daß die Partei die Österreichische Jugendbewegung zu wenig unterstütze, die Landesparteileitungen hätten wenig Verständnis für deren Arbeit. Einige würden sich noch immer auf die Kirche verlassen. Auch die Meinung, die Politik solle sich überhaupt von der Jugend fernhalten, sei verbreitet – in der Jugend gab es offensichtlich Politik-ablehnende Stimmungen.

Das Experiment der „Jungen Front“ wurde in der Partei nicht überall goutiert. Besonders in Niederösterreich war die Ablehnung deutlich. Sie äußert sich in einem – angesichts der bevorstehenden Bundespräsidentenwahlen schließlich fallengelassenen – Antrag der niederösterreichischen Landesorganisation für den Bundesparteitag 1951 (2.–4. März), die „Junge Front“ aufzulösen und ihre

⁴⁴⁾ KvVI, Karton 1.311, Nr. 15.

⁴⁵⁾ REICHHOLD, Geschichte 190.

⁴⁶⁾ NÖBB, Grüne Mappe, Protokoll der Bundesparteileitungssitzung auf Schloß Wartholz am 14.10.1948.

Mitglieder in die ÖVP bzw. in die ÖJB einzugliedern.⁴⁷⁾ In der Begründung dieses Antrages wird ausgeführt, die Funktionäre der „Jungen Front“ hätten bei deren Gründung erklärt, nur durch ihre Organisation könnten der ÖVP die abseits stehenden Kreise der Kriegsgeneration (Heimkehrer, ehemalige Nationalsozialisten und Heimatvertriebene) zugeführt werden. Als zweite Aufgabe hätte sich die Junge Front die Erneuerung der ÖVP „an Haupt und Gliedern“ gestellt. Darin sei an sich schon ein Widerspruch gelegen; die „Junge Front“ war keine Parteiorganisation. Trotzdem wurde „mit Unterstützung maßgeblicher Kreise der Partei“ die Arbeit der „Jungen Front“ begonnen und gefördert. Die Folgen – so der Antrag – konnten nicht ausbleiben: Mit Abseitsstehenden könne man eben keine Erneuerung der Partei durchführen. Jene Kreise der Kriegsgeneration, die den Anschluß an die ÖVP aus weltanschaulichen und politischen Gründen wollten, hätten den direkten Weg in die Partei gefunden. Die „Junge Front“ habe ihre Arbeitsbasis verloren und sei überflüssig. Die „oft demagogische“ Kritik aus dieser Gruppierung habe nicht nur der „Jungen Front“ keinen Gewinn gebracht, sondern der Partei geschadet. Die Erfassung der Jugend sei Aufgabe der Österreichischen Jugendbewegung. Diese habe – in Richtung des hier angesprochenen Personenkreises argumentiert – 1947 sowieso schon die Jugendamnestie für ehemalige Nationalsozialisten erreicht. Sie habe in Niederösterreich 18.000 Mitglieder und könne verschiedenste Aufgaben erfüllen. Die „Junge Front“ habe im ganzen Bundesgebiet nur ca. 2.500 Mitglieder, in Niederösterreich überhaupt nur rund fünfzig. Man solle sie auflösen oder – falls dies nicht möglich sei – sich klar von ihr distanzieren.

Der Rücknahme des Antrages der Niederösterreicher war am 9. Februar 1951 eine lange Debatte bei der Präsidialsitzung der Bundespartei in Schloß Wartholz vorausgegangen. Dabei wurde entschieden, daß der Bundesobmann der „Jungen Front“ einen schriftlichen Antrag an das Bundesparteipräsidium zu richten habe, aus dem hervorgehen müsse, daß die JF um die Anerkennung als Zweckverband der ÖVP ansehe. Auf Grund dieses Antrages könne die JF Delegierte mit beschließender Stimme zum Parteitag entsenden, unter der Voraussetzung, daß diese Mitglieder der ÖVP seien.⁴⁸⁾ Zweifellos hatte die „Junge Front“ die ihr zugedachte Aufgabe, nationalsozialistische oder überhaupt deutschnationale Kreise in größerem Maßstab an die ÖVP heranzuführen, nur höchst mangelhaft erfüllt. Außerdem war die Konstruktion einer eigentlich außerhalb der Partei stehenden Organisation mit Wirkung nach innen eine durchaus problematische. Insofern spiegelt jener oben zitierte Antrag der Niederösterreicher dieses Dilemma recht klar und deutlich.

Die Versuchungen der Macht

Der erste Antrag einer Bezirksorganisation auf dem ersten Parteitag kam aus St. Pölten und hatte folgenden Wortlaut:

Der Landesparteitag fordert von allen Mandataren der Partei vorbildliche Lebensführung und strengste Einhaltung der Parteidisziplin. Es darf nicht

⁴⁷⁾ NÖBB, Grüne Mappe, Bundesparteitag 1951.

⁴⁸⁾ NÖBB, Grüne Mappe, Kurzprotokoll über die Präsidialsitzung am 9. Februar 1951 auf Schloß Wartholz.

vorkommen, daß durch unentschuldigtes Fernbleiben von Mandataren Abstimmungen im Parlament, im Landtag oder in sonstigen Körperschaften die Erfüllung des Programms der Österreichischen Volkspartei gefährden. Mandataren, die ihre Pflicht nicht erfüllen, ist das Mandat zu entziehen [.].⁴⁹⁾

Wie's so geht, scheinen in der Tat manche Mandatare bald von Bequemlichkeit, ja zuweilen auch von Überheblichkeit ergriffen worden zu sein. So zitierte der Landespartei sekretär Weinmayer am 7. Oktober 1950 in seinem – oben schon näher ausgeführten – Situationsbericht an Staatssekretär Ferdinand Graf aus einem Monatsbericht des Bezirkes Gföhl:

Mehr Bescheidenheit! Es grenzt ja bei manchen an Hochmut und da ist es kein Wunder, wenn der kleine Mann sich abgestoßen fühlt. Was der Mandatar oder hohe Funktionär ist, ist er lediglich nur durch die Stimme des kleinen Mannes und daran sollten manche denken. Ob einer mit einem abgetragenen oder geschenkten Anzug kommt oder ob einer mit einer erstklassig faconnierten Kleidung kommt, so etwas darf ein Mandatar gar nicht bemerken. Ob es ein einfacher Arbeiter, Angestellter oder Bauer ist oder ein Abkömmling einer bereits seit Jahrhunderten teilweise inzestierten adeligen Generation oder ein Industriemagnat, für die ÖVP und ihre Mandatare und Funktionäre muß einer wie der andere gleich sein.⁵⁰⁾

Gleichzeitig verfestigten sich die Apparate und Lager. Es ging dabei nicht (nur) um Wahlsiege, sondern um Handfesteres, vor allem um Postenbesetzungen. So soll es über die Bestellung von Schulleitern, die der SPÖ angehörten, Unmut bei ÖVP-Nahestehenden gegeben haben. Die Konsequenz, formuliert in Mitgliederkreisen: „Hier hilft nur eine Personalpolitik, wie sie von den Roten in Wien praktiziert wird.“⁵¹⁾ Oder an anderer Stelle, etwa im gleichen Zeithorizont: Mitgliederzuwachs bei ÖAAB und ÖWB in Niederösterreich wird auf die „strikte Weisung“ der Landesparteileitung zurückgeführt, daß „nur mehr für Mitglieder interveniert werden darf“.⁵²⁾

„Schutz und Schirm“ konnten in diesen Jahren eben nur von einer Partei ausgeübt werden. Das war in der Situation der Entnazifizierung und der noch immer währenden Unsicherheit für viele Menschen in ihren alltäglichen Problemen notwendig. Dafür verlangte die Partei Loyalität. Aus allen diesen Voraussetzungen entstanden Entwicklungen, die auch Julius Raab bereits gesehen hat. So wetterte er schon 1951 gegen Korruption und Korruptionisten:

Es kann keinen gewerblichen Abgeordneten geben, der sich Aufträge auf Grund seiner Tätigkeit als Abgeordneter zuweisen läßt, er darf sich keine Bevorzugung herausarbeiten. Und kein Beamter darf sich Rangvorteile aufgrund seiner Position verschaffen. Wer sich der Politik widmet, widmet sich einem öffentlichen Amt. Die Politik ist nicht dazu da, sich persönlich zu bereichern, sondern sich für das Volks aufzuopfern [.].⁵³⁾

Raab kämpfte bereits 1952 gegen die Ämterkumulierung, wobei er insbesondere LH-Stellvertreter Kargl, Landesrat Viktor Müllner und den Abgeordneten

⁴⁹⁾ HUSINSKY, 40 Jahre 25.

⁵⁰⁾ KvVI, Karton 1.311, Nr. 5, Blatt 3.

⁵¹⁾ KvVI, Karton 1.311, Nr. 4, Blatt 2.

⁵²⁾ KvVI, Karton 1.311, Nr. 2 (Bericht vom 30.12.1950).

⁵³⁾ HUSINSKY, Raab 184.

Strommer aufforderte, eines oder mehrere ihrer Ämter abzugeben.⁵⁴⁾ Andererseits darf man nicht übersehen, daß gerade Raab äußerst stolz auf den ungewöhnlich hohen Organisationsgrad und die hohe Organisationsdichte der niederösterreichischen ÖVP war: So hat er selbst, auch wenn ihm das nicht lieb war, doch auch an der Entstehung jener österreichischen Kombination von Parteienpatronage und hoher Partei-Organisationsdichte mitgewirkt, das im Positiven wie Negativen langhein als Spezifikum des österreichischen Parteiensystems galt.⁵⁵⁾

Diese – höchst vorläufigen – Ergebnisse einiger Archiv-Recherchen können ohne die Gefahr schlimmster Verkürzungen nicht auf einen knappen Nenner gebracht werden. Hier können bloß Anregungen für neue Untersuchungen geboten werden, thematische Hinweise, welche Fragestellungen für genauere Forschungen ergebnisreich sein könnten. Folgende Bereiche bieten sich da an:

1. Die Installierung der Demokratie in der Zeit ab 1945 bedürfte noch zahlreicher detaillierter Forschungen, etwa in die Richtung der öfter thematisierten „Angst“ und „Feigheit“ gerade des möglichen Publikums der ÖVP. Sowohl die Erfahrungen von solchen, die sich früher – vor allem zwischen 1938 und 1945 – engagiert hatten, als auch die immer wieder von der Besatzungsmacht ausgehende Drohung⁵⁶⁾, scheinen in der bisherigen Diskussion vielleicht zu wenig als Probleme bei der Errichtung demokratischer Verhältnisse beachtet worden zu sein.
2. Persönliche Probleme treten in zahlreichen Akten auf verschiedenste Weise hervor. Ob es sich – was hier nicht ausführlich thematisiert wurde – um Fragen der Entnazifizierung handelte, um Posten- und Wohnungsvergaben, um Aus- oder Einreisegenehmigungen, Staatsbürgerschaftsverleihungen usw., die Parteispitze – insbesondere der Bundeskanzler – wurden mit einer Unzahl von Interventionswünschen geradezu überschwemmt. Diese Wünsche (und ihre allfällige Erledigung) genauer zu untersuchen, erschiene im Hinblick auf die Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit überaus lohnend.
3. Genauer nachvollziehbar wird aus dem Studium der genannten (und analoger) Archivalien auch der Gang der Entscheidungsfindung in der Partei. Dabei ist die überaus enge personelle Verflechtung von Bundes- und niederösterreichischer Landespartei (hier Figl als Parteiobmann und Raab als Obmann des ÖVP-Parlamentklubs, dort Raab als Parteiobmann und Figl als

⁵⁴⁾ HUSINSKY, Raab 193.

⁵⁵⁾ Vgl. dazu den grundlegenden Artikel von Wolfgang C. MÜLLER, Patronage im österreichischen Parteiensystem. Theoretische Überlegungen und empirische Befunden. In: Das österreichische Parteiensystem. Hrsg. Anton PELINKA u. Fritz PLASSER = Studien zu Politik und Verwaltung 22 (Wien/Köln/Graz 1988) 457–487.

⁵⁶⁾ Noch 1951 wurde von quasi zwangsweise durch die sowjetische Besatzungsmacht verordneten „Schulungen“ für Parteifunktionäre und Gemeinderäte der SPÖ und ÖVP im Bezirk Bruck an der Leitha berichtet; NÖBB, Ordner ÖVP – Lds. Ptlgt. – Bez. Parteiltg. 1951. – Und noch im selben Jahr berichtete der NÖ Landespartei sekretär Weinmayr am 9.11.1951 an Figl, der Stadtkommandant von Waidhofen an der Thaya lasse sich alle Gemeinderats- und Gemeindevorstandssitzungs-Protokolle vorlegen, worauf Figl am 14.11.1951 antwortete, er habe mit dem sowjetischen Hochkommissär darüber gesprochen, eine Weitergabe von irgendwelchen Protokollen sei nicht notwendig; NÖBB, Ordner ÖVP-Lds.Ptlgt.-Bez. Parteiltg. 1951.

einer seiner Stellvertreter, der gleichzeitig auch eine führende Position im Landesbauernbund einnahm) und die zentrale Stellung der letzteren für die Gesamtpartei besonders wichtig. Es spiegeln sich hier aber auch gewisse innerparteiliche Konfliktlinien, wie wir sie beispielhaft an der Frage der „Jungen Front“ skizzieren konnten.

4. Die Geschichte einer Partei ist damit Teil einer politischen Geschichte, der Geschichte der politischen Entscheidungen, aber auch Teil einer Gesellschaftsgeschichte, die sich umfassender den Fragen nach dem Strukturwandel von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und „Kultur“ zu stellen bereit ist.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich](#)

Jahr/Year: 1998

Band/Volume: [63-64](#)

Autor(en)/Author(s): Bruckmüller Ernst

Artikel/Article: [Die niederösterreichische Volkspartei und die Bundes-ÖVP in den ersten Nachkriegsjahren 185-204](#)